



Infobrief aus Straßburg 14. - 17. November 2011

Anerkennung von Berufsqualifikationen vereinfachen

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sprachen sich diese Woche für ein verkürztes Verfahren bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen aus. Ich begrüße diesen Ansatz, denn damit vereinfachen sich die Möglichkeiten, einer Beschäftigung im EU-Ausland nachzugehen. Ich erachte es als absolut notwendig, die Anerkennungsprozeduren zu verkürzen und eine Anpassung an neue Berufsfelder vorzunehmen. Bei besonders qualifizierten Berufen mit beträchtlichen Unterschieden in der Ausbildung, wie zum Beispiel im Gesundheitssektor, sollte eine Vermengung unterschiedlicher europäischer Berufs- und Ausbildungsabschlüsse aber vermieden werden. Darüber hinaus setze ich mich gemeinsam mit meinen Abgeordnetenkollegen dafür ein, dass bei kurzfristigen Dienstleistungstätigkeiten in sehr mobilen Berufsfeldern künftig die Meldepflicht entfällt, um so eine möglichst praxisnahe Lösung zu finden. Bei der gesamten Diskussion muss beachtet werden, dass ausreichend Kenntnisse der jeweiligen Landessprache vorhanden sein müssen. Noch im Dezember dieses Jahres plant die Europäische Kommission zu dieser Thematik einen neuen Gesetzesvorschlag vorzulegen. Nähere Informationen finden Sie unter diesem [Link](#).

Elisabeth Jeggle MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Gruppe im
Europäischen Parlament

Anschrift

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60 – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu

Grundsatzdebatte zur Landwirtschafts- und Regionalpolitik

Am Dienstag stellten sich der rumänische Agrarkommissar Ciolos und der österreichische Kommissar für Regionalpolitik Hahn den Fragen der Abgeordneten im Parlament. Es ging unter anderem um die Reform zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 und darum, die Landwirtschaft durch Innovationsmaßnahmen wettbewerbsfähiger für die Zukunft zu machen. Forschung und Entwicklung im Agrarbereich sind wichtig, um für kommende Herausforderungen gerüstet zu sein. Deshalb setze ich mich auch künftig für die Fortentwicklung der Programme der ländlichen Entwicklung in Baden-Württemberg ein, die insbesondere für benachteiligte Gebiete von entscheidender Bedeutung sind. Mit besonderem Blick auf die Donauanrainerstaaten, begrüße ich die effiziente und zukunftsorientierte Ausgestaltung der Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Zur Realisierung dieser interregionalen Entwicklungsprogramme bedarf es jedoch zusätzlicher Gelder. [Hier](#) finden Sie mehr zur Thematik.

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggle
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroegggle.de

Forderung nach besserer wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit

Die Schwerpunktdebatte am Mittwoch im Straßburger Plenum konzentrierte sich auf die Verbesserung einer besser koordinierten europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Deren Wichtigkeit hinsichtlich der Bewältigung der aktuellen Staatsschuldenkrisen wurde von allen großen Fraktionen betont. Voraussetzung für eine starke gemeinsame Währung muss eine gemeinsame europäische Wirtschaftsunion sein. Im Einklang damit steht das klare Bekenntnis der CDU vom Bundesparteitag in Leipzig zu Beginn dieser Woche. Es muss nun ausgelotet werden, inwieweit eine bessere Koordination der nationalen Fiskal- und Wirtschaftspolitiken zu ermöglichen ist. Dies bedeutet meiner Meinung nach nicht, dass wir ein einheitliches europäisches Wirtschaftsmodell brauchen. Vielmehr ist es das erklärte Ziel, die verschiedenen wirtschafts- und finanzpolitischen Ansätze der Nationalstaaten besser aufeinander abzustimmen. Zur nachhaltigen Ausgestaltung der Wirtschaftspolitiken gehören zudem ein Abbau der in vielen Staaten besorgniserregend hohen Staatsverschuldung sowie die Möglichkeit der Sanktionierung bei Verstößen gegen die Defizitregeln. Zur Beruhigung der Finanzmärkte, aber vor allem für eine langfristige Stabilität in der Eurozone fordern wir den Handel von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen mit harten Auflagen zu belegen. Dies würde der Spekulation auf Staatspleiten einen Riegel vorschieben. Das Europäische Parlament ist damit einmal mehr die treibende Kraft, wenn es um größere Stabilität für den Euro und damit für die europäischen Mitgliedstaaten insgesamt geht. Sowohl [hier](#) als auch [hier](#) finden Sie weitere Informationen.

Herzliche Grüße,

Ihre Elisabeth Jeggle MdEP